

Archiv
Verband der Sozialdemokratischen
Presseverleger
22. JAN. 1965

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/15

Bonn, den 22. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Notwendiges Nachwort zur Bundestagsdebatte ----- über Sorgen der Bundeswehr ----- Von Ernst Paul, MdB	61
2	Das hat Heye nicht verdient ----- Von Werner Buchstaller, MdB	37
3 - 4	Die Erbschaft der britischen Konservativen ----- Labours Kampf gegen die Teuerung Großbritanniens Wirtschaftsminister kann auf sichtbare Erfolge verweisen	61
4	Antlich - nicht antlich ----- Phänomen der deutsch-französischen Beziehungen	29
5 - 6	Hundert Jahre "falsches Konzept der SPD" ? ----- Nachhilfeunterricht für Dr. Erich Mende	36

+ * *

Notwendiges Nachwort zur Bundestagsdebatte

Über Sorgen der Bundeswehr

Von Ernst Paul, MdB

Jeder Eingeweiht in der Bundeswehr weiß; was der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Wienand geschrieben oder gesagt hat, war in der Tendenz keineswegs so falsch, wie es später dargestellt wurde. Jeder Kenner der Verhältnisse weiß auch, daß, was Wienand anführte, nur ein Teil dessen ist, das es zu kritisieren gibt. Vieles unterliegt strengen Geheimhaltungsvorschriften und kann aus verteidigungspolitischen Gründen nicht öffentlich erörtert werden. Außerdem ist es in einer hierarchisch aufgebauten Organisation einem Zeugen nicht immer zuzumuten, mit seinem Namen und Rang für das zu büßen, was er im Vertrauen auf Verschwiegenheit im Interesse der Sache einem Abgeordneten anvertraut.

In einer öffentlichen Auseinandersetzung über Verteidigungsfragen sitzt der Ressortminister am längeren Hebel. Er kann ohne Rücksicht auf die Kosten einen Staff seiner Mitarbeiter daransetzen, ihm das Material zur "Widerlegung" der Kritik zu liefern. Solches geschah, als Herr Heys Kritik übte. Damals setzte Herr von Hassel einen Ausschuß von Generalen ein, der in wochenlanger Arbeit "beweisen" mußte, daß der frühere Wehrbeauftragte im Unrecht war. Solches geschah auch jetzt, als Abgeordneter Wienand es wagte, Politik und Praxis des jetzigen Verteidigungsministers zu durchleuchten.

Man brauchte nur zu sehen, welchen Stapel dicker Mappen Herr von Hassel auf das Rednerpult des Bundestages schleppte, um "sachkundig" argumentieren zu können. Zur Ehre seiner Mitarbeiter muß gesagt werden, daß die Injurien gegenüber dem Abgeordneten Wienand offensichtlich nicht von ihnen stammen.

Unter einer solchen ungleichen Gewichtsvorteilung ist eine sachliche Diskussion über die Sorgen der Bundeswehr im Bundestag leider unmöglich. Bei der Regierungsmehrheit gilt das abgewandelte Wort: "Der Minister hat immer recht". Dies war der Sinn aller Reden der Wehrdebatte des Bundestages aus dem Lager der CDU/CSU.

Herrn Dr. Richard Jaeger, einem sonst recht ordentlichen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, blieb es vorbehalten, die Verantwortlichkeiten in der Bundeswehr klarzustellen. Er verwickelte sich dabei allerdings in Widersprüche. Zwar mußte er zugeben, daß der Verteidigungsausschuß ein politisches Gremium sei, dem der Sachverstand in technischen Fragen nicht zuzumuten sei. Im gleichen Atemzug bekundete Herr Jaeger dem früheren wie dem jetzigen Verteidigungsminister das vollste Vertrauen seiner Parteifreunde. Denn, so meinte Herr Jaeger, die Herren Strauß und von Hassel vertreten die Verteidigung.

Dafür einige Beispiele: Minister von Hassel konnte in Fragen, die ihm der Mitberichterstattung am 11.12.1964 stellte, bequem ausweichen. Wir bauen also für viel Geld Kasernen, in deren Bereich es keine Sporthallen gibt. Wer ist daran schuld? Herr von Hassel weiß, - es wäre traurig, wenn er das nicht wüßte - daß viele Briefe an ihn oder den Wehrbeauftragten nicht geschrieben werden. Es kann der Bundeswehr nichts schlimmeres passieren, als wenn sich die Stimmung ausbreitet: Maul halten und weiterdienen.

Herr von Hassel beruft sich darauf, daß er die Truppe gut kenne, denn er befinde sich hundert Tage im Jahr mitten unter "seiner" Solda-

ten. Eine Besichtigung angetretener Formationen beweist nichts. Der Verteidigungsminister hat bisher verschwiegen, mit wieviel einfachen Soldaten er unter vier Augen gesprochen hat.

Die SPD bemüht sich, in ihrem Bereich und damit in breiten Schichten unseres Volkes Vertrauen zur Bundeswehr zu schaffen. Sie veranstaltet in großer Zahl wehrpolitische Tagungen, und bringt mit großen Erfolg Männer der Bundeswehr mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammen. Sie läßt sich dabei nicht zuletzt von der Erkenntnis leiten, daß der beste Soldat von heute der qualifizierte Industriearbeiter und Angestellte ist. Dieses Bemühen wird "oben" nicht gern gesehen und - wie die Debatte über die Sorgen der Bundeswehr bewiesen hat - schlecht gedankt.

+ + +

Das hat Heye nicht verdient

Von Werner Buchstaller, MdB

Dr. Jaeger und seine Mitarbeiter gaben sich nicht damit zufrieden, daß Vizeadmiral a.D. Heye ging. Auch von der Weihnachts- und Parlamentspause ließen sie sich nicht von den Vorsatz abbringen, nachzuweisen, daß er "in Schimpf und Schande" gehen mußte, aber nicht die Beurteilung der Sache, sondern die Verurteilung des Kritikers war dabei erkennbares Ziel.

Ein alter Soldat, im militärischen und politischen Bereich zu Hause, hat seine Meinung gesagt. Es sei dahingestellt, ob die Form und die Formulierung, die er dazu gewählt hatte, gerechtfertigt sind. Auf jeden Fall hat Heye diese seine Meinung kundgetan im Bewußtsein dessen, was er damit in Kauf nehmen mußte. Schließlich wußte er als ehemaliges Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion, wie eng dort das "Hosianna" und "Kreuziget ihn" beisammen wohnen. Dabei hätte er es so einfach haben können, wenn er geschwiegen hätte. Vizeadmiral a.D. Heye war nicht der erste und wird nicht der letzte Mann sein, der beim Verfolg ehrbarer Absichten über das Ziel schießt. Es kann deshalb auch nicht darum gehen, der von der CDU/CSU praktizierten globalen Verurteilung Heyes eine globale Rechtfertigung entgegenzusetzen. Die Behauptung, daß durch die Heye-Veröffentlichungen "weithin das Bild einer in sich ungefestigten, auf gefährlichen Kurs treibenden Armee" entstanden sei, und damit ein "Schock nicht nur für die Bürger der Bundesrepublik, ein Schock auch für unsere Verbündeten und ein willkommenes Anlaß für die Ostpropaganda gegen den deutschen Militarismus" gegeben wurde, ist einfach nicht zutreffend. Ebenso ist es unwahr, daß die Ausführungen des ehemaligen Wehrbeauftragten "einseitig negativ, durch keinen positiver Hinweis gemildert" gewesen seien.

Vizeadmiral a.D. Heye hat nicht nur kritisiert und regiert. Er hat eine Reihe von Schwächen aufgezeigt und Vorschläge, wie der Herr Verteidigungsminister selbst bestätigte und was vielfach auch durch die Truppenenerfahrung unterstrichen wird. Gerade von der Bundeswehr und den Soldaten wird über so vieles Klage geführt, daß sich in einigen Punkten der Wehrbeauftragte zum Sprecher dieser Anliegen machte. Nicht anzuerkennen, daß Vizeadmiral a.D. Heye die Bundeswehr nicht schädigen, sondern ihr helfen wollte, hat dieser Mann nicht verdient. Man darf sich nicht darauf beschränken, mit der moralischen Abqualifizierung des ehemaligen Wehrbeauftragten dessen konkrete Vorschläge und Anregungen zu den Akten zu legen.

Die Erbschaft der britischen Konservativen

Labours Kampf gegen die Teuerung
Großbritanniens Wirtschaftsminister
kann auf sichtbare Erfolge verweisen

H.P.-er - Um das böse Erbe einer langjährigen konservativen Wirtschaftspolitik zu beseitigen, hat die Regierung Harold Wilson unmittelbar nach ihrem Amtsantritt harte Maßnahmen ergreifen müssen, die außerhalb Großbritanniens nur teilweise auf Verständnis, häufiger aber auf scharfe Kritik gestoßen sind. Die Maßnahmen der Regierung Wilson, obwohl aus einer speziell englischen Situation geboren, ließen es den Wahlstrategen der deutschen Christdemokraten sogar angezeigt erscheinen, zum Prügel gegen die SPD in den Auseinandersetzungen des Wahljahres 1965 benutzt zu werden. Obwohl natürlich bei Bundesregierung und Koalitionsparteien sehr wohl bekannt ist, daß die deutschen Sozialdemokraten für die Wirtschaftspolitik der Labour-Party ebensowenig verantwortlich zu machen ist, wie etwa die CDU für die traurige Hinterlassenschaft der Tories ...

Die CDU wird es sich aber doch wohl noch sehr überlegen, ob sie mit dem "englischen Prügel" in den deutschen Wahlkampf ziehen will. Nicht nur, weil dadurch das Verhältnis der Bundesrepublik zu der Regierung Großbritanniens einer unverantwortlichen Belastung unterworfen wäre, sondern vor allem auch deshalb, weil bereits sichtbar wird, daß die CDU gar keinen Prügel, sondern einen Bumerang in der Hand hält.

Selbst CDU-freundliche Zeitungen, wie etwa die FRANKFURTER NEUE PRESSE bescheinigen der englischen Regierung, sie arbeite nicht nur mit "unkonventionellen Methoden", sondern auch mit Erfolg. In einer Londoner Korrespondentenbericht schildert das Frankfurter Blatt das Bemühen Wilsons, Vertreter bestimmter Fach- und Interessengebiete an einen Tisch zu bringen, vor allem aber auch die Tatkraft und den Ideenreichtum von Wirtschaftsminister Georges Brown in seinem Kampf gegen die Teuerung. Brown führe "einen erbitterten Kampf gegen eine Welle von Preissteigerungen". Tag für Tag schicke er Beamte durch die Straßen der Städte, in die Läden und Supermärkte, zu den Fabrikanten, Kaufhäusern und Einzelhandelsverbänden, um sich berichten zu lassen, ob Textilien, Frühstücksspeck und Zahnpasta teurer geworden seien. Jeder Morgen ziehe er Bilanz, und dann richte er eine Flut von persönlichen Briefen an Hersteller und Händler. "In denen er höflich, aber bestimmt nach den Gründen für diese Preissteigerungen frage". Selbst auf Auslandsreisen habe Georges Brown keine Pause in seinem Kampf gegen höhere Preise eingelegt. Er habe zum Telefon gegriffen und Generaldirektoren zu unmöglichen Zeiten aus den Bett geklingelt.

Wörtlich schreibt Dr. Hans Bonirschke in der Frankfurter Zeitung zu den Bemühungen von Wilsons Wirtschaftsminister:

- * "Die Engländer lieben im allgemeinen einen unkonventionellen
- * Mann, besonders wenn sichtbar wird, daß er wirklich handelt.
- * Und nach wenigen Tagen sind jetzt Erfolge sichtbar geworden.
- * Man hat den Eindruck, daß zahllose Fabrikanten und Verteiler
- * es als ihre patriotische Pflicht ansehen, die bestehenden
- * Preise zu halten. Eine ganze Reihe von ihnen fühlten sich be-
- * schämt und haben ihre Preissteigerungen rückgängig gemacht."

Wie es weiter heißt, haben Kettenläden, die der Labour-Party nahe stehen, den Anfang gemacht. Dies habe einen richtigen "Stein ins Rollen gebracht", denn es sei gleich eine Lawine von ähnlichen Zusicherungen gefolgt, wie sie die Kettenläden abgegeben hätten. Die Briefe und Verpflichtungen der Fabrikanten hätten Georges Brown nicht nur in London, sondern sogar auf seinen Auslandsreisen über die britischen Botschaften in Wien oder Stockholm erreicht.

Ob die CDU im Wahlkampf auch auf diese Bemühungen hinweisen wird, Wohl kaum, denn um eine sachliche Auseinandersetzung wird es den Erägern der Verantwortung für eine Regierung, die in den beiden letzten Jahren selbst an der Preisschraube mitgedreht hat, doch schwerlich gehen. Mit einem ausländischen "Buh-Mann" läßt sich natürlich leichter arbeiten ... Georges Brown kann aber versichert sein, daß man seinen ernsthaften Bemühungen, die Preislawine zu stoppen, volle Sympathie entgegenbringt.

+ + +

Antlich - nicht antlich

Phänomen der deutsch-französischen Beziehungen

sp - Sicher werden die Kommentatoren der Konferenz von Rambouillet noch lange Stoff haben, um ihren Vermutungen, Wünschen, Hoffnungen oder Enttäuschungen über das Gespräch zwischen de Gaulle und Erhard Ausdruck zu geben. Vielleicht setzt Staatspräsident de Gaulle allen Spekulationen in seiner Pressekonferenz am 4. Februar ein Ende.

In der Zwischenzeit jedoch sei es erlaubt, auf ein Phänomen zu verweisen, das neuerdings zum Bestandteil der amtlichen deutschen Außenpolitik zu gehören scheint: Die Freude darüber, daß es nicht schlimmer gekommen ist und daß jetzt wieder zwischen Paris und Bonn eine bessere Atmosphäre bestehe. Willy Brandt sagte dazu, die Tatsache, daß man dies mit Befriedigung und Erleichterung registriere, sei ein Zeichen für den Tiefstand, den die amtlichen Beziehungen erreicht hatten.

Der Akzent dieser Bemerkung Brandts dürfte wohl auf das Wort AMTICHON zu setzen sein. Es hat sich nämlich herausgesprochen, daß trotz der manchmal doch recht eigenartigen Wege der amtlichen Politik die Beziehungen zwischen dem französischen und dem deutschen Volk immer besser werden. Die Zahl junger Franzosen, die in Deutschland eine Lehrstelle suchen oder hier einige Semester studieren wollen, hat sich seit einigen Jahren wesentlich vergrößert. Die deutsch-französischen Beziehungen auf dem Gebiet des Literaturausstauschs, der Wirtschaft und des Handels sowie die Kontakte zwischen deutschen und französischen Vereinen aller Art werden von Monat zu Monat besser. Interessant ist hierbei, daß nur ganz selten tiefgehende Meinungsverschiedenheiten registriert werden und daß bei Diskussionen - besonders unter den jungen Menschen unserer beiden Völker - immer häufiger die Frage auftaucht, warum man sich denn "unten" so gut verstehe, während man sich "oben" gegenseitig Schwierigkeiten mache. Man wird sich in den Ämtern beeilen müssen, um nicht den Anschluß zu verpassen.

+ + +

Hundert Jahre "falsches Konzept der SPD"?

Nachhilfeunterricht für Dr. Erich Mende

In Veröffentlichungen der CDU/CSU und der FDP, zuletzt auch in einer Rede des FDP-Vorsitzenden Mende, wurde davon gesprochen, die SPD habe offenbar "ein Jahrhundert lang ein falsches politisches Konzept verkündet".

Zu dieser Frage hat der über 90 Jahre alte, frühere Stuttgarter Landtagspräsident, Wilhelm K e i l /Ludwigsburg, in einem Leserbrief an die "Stuttgarter Zeitung" (16. Januar 1965) Stellung genommen.

Ein falsches politisches Konzept

Auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen am 6. Januar hat Dr. Mende, der Führer der Freien Demokraten, der Stuttgarter Zeitung zufolge, gegen die SPD gerichtet, gesagt, wenn ihre Wandlung glaubhaft sei, so gehe sie damit zu, daß sie dem deutschen Volke ein ganzes Jahrhundert lang ein falsches Konzept verkündet habe. Der Zweifel, den das Wörtchen "wenn" zum Ausdruck bringt, wird in unseren Tagen von oberflächlichen Politikern hundertfach ausgesprochen. Ein Mann vom Range Dr. Mendes sollte eine solche dumme Verdächtigung nicht nachsprechen. Denn der ausgesprochene Zweifel ist nicht nur dumm, sondern enthält auch die Verdächtigung, daß die SPD ein falsches Spiel treiben könnte. Ich beziehe mich nicht auf jenen alten Politiker, der auf den Vorhalt, daß er früher etwas anderes gesagt habe, als er jetzt sage, erwiderte: Was geht mich mein Geschwätz von gestern an?

Nicht eine persönliche Meinung steht hier in Frage, sondern das politische Konzept, das die SPD nach Dr. Mende ein ganzes Jahrhundert lang verkündet hat. Ich erinnere Herrn Dr. Mende nur daran, daß sich in diesem Jahrhundert einiges geändert hat, was das Verhalten einer Partei und ihr Konzept beeinflussen konnte. Aber es handelt sich hier zunächst gar nicht um eine Partei und nicht um ihr Konzept. Damals gab es eine alte konservative und eine junge Fortschrittspartei. Nach deren hundertjährigen Konzept sollte Dr. Mende einmal forschen. Von der SPD waren damals kaum einige Schößlinge sichtbar. Was sie von Anfang an verkündeten, war kein politisches Konzept, sondern eine, auf die Umgestaltung der Sozialordnung gerichtete uralte Idee. Hatte nicht schon die Eschatologie, die Lehre vom Weltende und vom Anbruch einer neuen Welt ihre sozialen Hintergründe? Und die Sklavenaufstände, die revolutionären Bauernerhebungen? Lag dem allem ein politisches Konzept zugrunde? Es waren soziale Explosionen. Ähnlich, nicht gleichartig waren die Vorgänge im vorigen Jahrhundert. Der Unterschied bestand darin, daß jetzt eine geschichtlich unterbaute, nur von der Dynamik der Ökonomie vorangetriebene Wandlung der sozialen Ordnung heraufzusteigen schien. Darauf beruhte die Vision von einem Zukunftsstaat, in dem die Menschheit in Glück und Frieden leben und keine Not mehr kennen sollte. Wie hätte diese Vision uns junge Menschen nicht enthusiastieren sollen!

Ich war noch längst keine 20 Jahre alt, als ich mich den Bannernägeln dieser Idee anschloß und mich begeistert für sie einsetzte. Aber das war eine Idee und kein politisches Konzept. Sie wurde erst zum politischen Konzept, als ihre Verkünder auf den Staat und seine Ordnungen Einfluß zu gewinnen versuchten. Dazu mußten sie erst ein

politischer Faktor, eine Partei werden. Das nun wurde ihnen wahrlich schwer genug gemacht. In bitterstem opferreichem Ringen mit ihren Feinden, mußten sie um ihr Lebensrecht kämpfen. Ich erlebte das noch.

In dem Maße, in dem dann die junge Partei heranwuchs, erblaßte aber auch ihr Stern vom Zukunftsstaat. Das vollzog sich nicht plötzlich, sondern erforderte eine jahrzehntelange Entwicklung. In dieser Zeit erst gewann sie ihr politisches Konzept, das von Anfang an auf dem demokratischen Staatsprinzip und auf dem Streben nach dem sozialen Aufstieg der wirtschaftlich schwachen Schichten des Volkes beruhte. An diesem Konzept hat die SPD bis zu dieser Stunde, also ein ganzes Jahrhundert lang festgehalten und hält sie weiterhin fest.

Wie lautete aber das politische Konzept ihrer Gegner? Etwa das der Konservativen? Sie waren, mit einem Wort gesagt, geschworene Feinde der Demokratie und des Aufstiegs der breiten Massen des Volkes. Oder das der Nationalliberalen, der anderen alten Partei? Hurrahpatroitisch: Großkapitalistisch! Unbedingt aber gegen die Demokratie. Und das der vor hundert Jahren entstandenen Zentrumspartei? Dies getragene politische Gemisch hatte überhaupt kein klares Konzept außer dem Bekenntnis zum Katholizismus. Blicke von den alten großen Parteien die Freisinnigen oder Fortschrittler, die demokratisch schillerten, aber kein echt demokratisches Konzept besaßen. Erst nach dem ersten Weltkrieg bekannten sie sich offen zum demokratischen Staat, um dann freilich bald wieder von ihren Nachbarn zerrieben zu werden. Übrig blieb die kleine Gruppe wirklicher Demokraten 48er Prägung, deren Führer Friedrich Payer der SPD bezeugte, daß ihr die Rettung Deutschlands vor der Bolschewisierung zu verdanken sei. Das war geschehen nach dem "falschen" Konzept!

Die weitere Entwicklung kann hier nicht skizziert werden. Festgehalten sei nur, daß, als im ersten Weltkrieg die untergegangene Militärmonarchie durch den demokratischen Staat abgelöst war, dieser Staat von den staatserkhaltenden Rechtsparteien mit Haß und Verachtung geschmäht wurde, bis er schließlich dem Hitlerstaat zum Opfer fiel.

Wäre ein Hitler möglich gewesen, wenn sich das deutsche Volk zu dem alten Konzept der SPD bekannt hätte? Der Rest des deutschen Volkes mußte erst durch das Fegefeuer der Nazikatastrophe gehen, bis die Feinde der Demokratie erkannten, daß nur nach demokratischem Konzept, dem alten der SPD, ein staatliches Weiterleben möglich war. Aber zu dieser Erkenntnis mußten die aus alten Demokratien gekommenen Besatzungsmächte noch Nachhilfe leisten. Mit einem Druck auf den Knopf waren dann plötzlich alle Deutschen "Demokraten".

Darf man die Glaubhaftigkeit der Wandlung der SPD nun deshalb bezweifeln, weil die kapitalistische Wirtschaftsform in ihren Grundzügen unverändert geblieben ist? Wie oben erwähnt, ging die ökonomische Dynamik andere als die von alten Sozialisten erträumten Wege. Hat denn aber irgend jemand größeren Anteil an den seit hundert Jahren erkämpften sozialen Neugestaltungen, am Aufstieg der Volksmassen, als die SPD im Verein mit den ihr geistig verbundenen Gewerkschaften: Gemeinsam wirkten sie schöpferisch nach dem politischen Konzept von einst, das sich wirklich nicht als falsch erwiesen hat. Der von der SPD erkämpfte demokratische Staat mit seinem derzeitigen sozialen Gehalt entspricht heute noch dem politischen Konzept Ferdinand Lassalles.